Antrag

Initiator*innen: Programmdiskussion des Kreisverbands (dort beschlossen am: 18.09.2022)

Titel: Impulse zum Landtagswahlprogramm 2023

Antragstext

1 Der Kreisverband Hochtaunus sendet die folgenden Impulse an die Schreibgruppe
2 des Landesverbandes im Rahmen des "Call for Paper" für die Programmentwicklung
3 zur Landtagswahl 2023:

4 **Energiewende**

5 **Sanierung**

6 Existierende Förderprogramme zur Gebäudesanierung sind oft bürokratisch und
7 langwierig. Wir fordern daher eine Reform der Sanierungsförderung in Form einer
8 Sanierungspauschale pro Wohneinheit. Auch Kommunen sollen erweiterte
9 Möglichkeiten bekommen, energetische Sanierung im Bestand voranzutreiben.

10 **Windkraft**

11 Um den Ausbau der erneuerbaren Energien voran zu bringen, sollen Kommunen ein
12 Recht auf Windkraft erhalten. Der Ausbau muss dort möglich sein, wo die
13 Bereitschaft dafür vorhanden ist. Dafür müssen Hürden abgebaut werden, etwa
14 Blockaden durch Regionalverbände oder die Exklusivität der Vorrangflächen.

15 **Grüner Wasserstoff**

16 Wir werden Hessen als Standort für grünen Wasserstoff fördern. Insbesondere sind
17 dabei freie Stromerzeugungs-Kapazitäten zu beachten, damit keine Windräder mehr
18 zur Wahrung der Netz-Stabilität abgestellt werden müssen.

19 **Demokratie**

20 Wir haben die Erde von unseren Kindern geborgt. Daher müssen wir sie auch
21 stärker an den wichtigen Entscheidungsprozessen beteiligen. Für Landtags- und
22 Kommunalwahlen fordern wir daher ein Wahlrecht ab zunächst 16 Jahren mit einer
23 Evaluierung, ob eine weitere Absenkung sinnvoll sein kann.

24 Um die direkte Demokratie und die Stellung von Bürgermeister*innen und
25 Landrät*innen zu stärken, gleichen wir deren Wahlperioden an die der Kommunen
26 an.

27 Das Engagement als Schülervertreter*innen ist für viele Kinder und Jugendliche
28 der erste Berührungspunkt mit demokratischer Willensbildung und demokratischen
29 Prozessen. Wir möchten die Position der Schülervertreter*innen daher aufwerten
30 und verhindern, dass diese im Schulbetrieb für Aufsichts-, Melde- oder o.ä.
31 zweckentfremdet werden.

32 Wir schaffen auf Landesebene ein Kinder- und Jugendparlament in dem sich die
33 Vertreter*innen auch mit den Zukunftsthemen des Landes beschäftigen und damit,
34 z.B. vergleichbar zum Petitionsverfahren, direkten Einfluss auf die
35 Landespolitik nehmen können.

36 **Finanzen / Kommunalrecht**

37 Städte, Gemeinden und Landkreise sind in ihrer Haushaltsplanung enge Grenzen
38 gesetzt. Die Schuldenbremse behindert aber wichtige Zukunftsmaßnahmen wie z.B.
39 die Sanierung von Gebäuden oder Investitionen in den Klimaschutz. Dafür sind
40 Ausnahmen der Schuldenbremse für Kommunen nötig, wenn es um langfristig
41 kostensenkende Investitionen oder Klimaschutzmaßnahmen handelt.

42 Auch soll ihnen ermöglicht werden, langfristig zu planen und nötige Maßnahmen
43 gezielt zu steuern. Wir möchten Kommunen ermöglichen, sparsames Verhalten der
44 Bürger*innen und die Schonung von natürlichen Ressourcen wie dem Trinkwasser
45 durch die Gestaltung der Benutzungsgebühren zu fördern.

46 **Wasser**

47 Trinkwasser ist ein wertvolles Gut und eine elementare Lebensgrundlage. Wir
48 müssen die Verwendung von Trinkwasser dort ersetzen, wo auch Brauchwasser
49 sinnvoll genutzt werden kann. Die Schaffung und Nutzung von Brauchwassernetzen
50 soll speziell gefördert werden. Gleichzeitig sollen weitere Anreize zum
51 Einsparen von Trinkwasser gesetzt und das hessische Wassergesetz an die sich
52 ändernden Umstände angepasst werden, um ein weiteres Absenken des
53 Grundwasserspiegels durch überhöhte individuelle Entnahmen zu verhindern.

54 **Gesundheit / Soziales**

55 Als Arbeitgeber soll das Land Hessen keine Angestellten in prekären
56 Beschäftigungsverhältnissen beschäftigen.

57 Für die pädagogische Betreuung und frühkindliche Bildung ist die
58 Kindertagesstätte eine wichtige Einrichtung. Daher ist es essentiell, den
59 notwendigen Betreuungsschlüssel auch tatsächlich mit Fachkräften einzuhalten.
60 Dazu wollen wir attraktive Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen für
61 Erzieher*innen schaffen, damit dieser wichtige Beruf die Attraktivität erhält,
62 die er verdient.

63 **Rettungsdienst**

64 Um den Rettungsdienst zu stärken und die Mitarbeiter zu entlasten sowie die
65 flächendeckende Notfallversorgung der Bevölkerung zu gewährleisten, fordern wir
66 die Verbesserung der Arbeitszeiten unter Abschaffung von Bereitschaftszeiten die
67 Personalfucht aus dem Rettungsdienst stoppen. Daneben soll ein früherer
68 abschlagsfreier Renteneintritt möglich sein, sowie die Zahlung einer
69 Gefahrenzulage für Rettungsdienstmitarbeiter*innen geschaffen werden.

70 Die kreisbezogene Individualisierung der Handlungskompetenzen von "Erweiterten
71 Versorgungsmaßnahmen" erschwert das kreisübergreifende Einsetzen von
72 Rettungsdienstpersonal. Wir fordern daher die Einführung landesweit geltender
73 Handlungskompetenzen für Notfallsanitäter*innen.

74 **Bildung**

75 Förderprogramme für die Bildung sollen Ressort-übergreifend gebündelt und
76 koordiniert werden.

77 Wir brauchen auch im Bereich der Erwachsenenbildung ein vielfältiges, an die

78 unterschiedlichen Bedürfnisse, Lebenssituationen, Stärken und Schwächen
79 angepasstes Bildungsangebot.

80 Die Zahl der befristeten Arbeitsverträge an Schulen wollen wir weiter reduzieren
81 sowie Anstellungslücken in den Ferien grundsätzlich vermeiden.

82 Wir wollen es Lehrer*innen einfacher machen, eine feste Stelle zu finden. Darum
83 fordern wir, das derzeitige Ranglistenverfahren um einen ortsabhängigen Bonus zu
84 ergänzen.

85 **Wirtschaft**

86 Rein finanz-bilanziertes Wirtschaften setzt unsere Umwelt und die Freiheit der
87 nachfolgenden Generationen aufs Spiel. Darüber hinaus schwächt es Vorsorge und
88 Resilienz in Krisenzeiten. Durch Gemeinwohl- und Ökobilanzen können
89 Umweltauswirkungen und Folgen für das Gemeinwohl systematisch analysiert werden.
90 Solche Öko- und Gemeinwohlabilanzen wollen wir fördern, so dass Unternehmen,
91 Organisationen und Kommunen ihre Tätigkeit transparent und umfassend darlegen
92 können. Ziel ist es, auf immer mehr Ebenen ein vollständig nachhaltiges
93 Wirtschaften im Sinne einer Donut-Ökonomie zu erreichen.

94 **Verkehr & Mobilität**

95 Für die Mobilitätswende brauchen wir eine Verkehrsbehörde, die alle Formen von
96 Verkehr betrachtet und den Autoverkehr nicht hervorgehoben betrachtet.
97 Landesstraßen sollen immer mit baulich getrennten Radweg geplant werden. Bei
98 Sanierungen im innerörtlichen Straßenbestand sollen mindestens Schutzstreifen
99 für Radfahrer*innen vorgesehen werden. Kommunen sollen bei der Co-Planung von
100 Radverkehr eine größere Flexibilität erhalten.

101 Das Land Hessen soll Kommunen bei der Einrichtung von
102 Geschwindigkeitsbegrenzungen innerorts grundsätzlich unterstützen und den für
103 Kommunen zur Verfügung stehenden Regelungsspielraum erhöhen.

104 Der ÖPNV muss als gesamtgesellschaftliche Maßnahme verstanden werden. Wenn sich
105 defizitäre Kommunen keinen attraktiven Nahverkehr leisten können, sinkt die
106 attraktiv und sorgt für einen sich selbst verstärkenden Abwärtsstrudel. Auch zur
107 Entlastung des Siedlungsdrucks in urbanen Gebieten muss der ÖPNV im ländlichen
108 Raum daher auch in der Finanzierung stärker vom Land gefördert werden.

Begründung

Bei der Programmdiskussion des Kreisverbands am 11.09.2022 wurden einige Impulse gesetzt und anschließend in individueller Formulierung dokumentiert. Die Sammlung hier entspricht dem gekürzten Input aus der Diskussion bzw. den daraus folgenden Vorschlägen.

Der derzeitige Text umfasst allerdings 6566 Zeichen und muss per Änderungsantrag noch auf 5000 Zeichen oder weniger gekürzt werden.